

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
zum Postulat KR-Nr. 19/2008 betreffend
Politische Bildung**

(vom 30. März 2010)

Der Kantonsrat hat dem Regierungsrat am 28. April 2008 folgendes von Kantonsrätin Andrea Sprecher, Zürich, sowie von den Kantonsräten Markus Späth, Feuerthalen, und Marcel Burllet, Regensdorf, am 14. Januar 2008 eingereichte Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Der Regierungsrat wird eingeladen zu veranlassen, dass ein Gesamtkonzept für die politische Bildung im Kanton Zürich erstellt wird.

Das Gesamtkonzept sollte folgenden Zielen gerecht werden:

- Stufengemässe Förderung des Demokratieverständnisses, grundlegende Einblicke in das Funktionieren der demokratischen Institutionen und ausgewählte aktuelle politische Themen in der Primarschule und auf der Sekundarstufe I;
- Vertiefte Kenntnisse der politischen Institutionen, Verfahren und Zusammenhänge auf allen drei Staatsebenen und grundlegende inhaltliche Auseinandersetzung mit den wichtigsten Politikfeldern auf der Sekundarstufe II;
- Verankerung der politischen Bildung (inkl. zeitgemässe, inhaltliche und didaktische Informationen) als obligatorischen festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

Des Weiteren laden wir den Regierungsrat ein

- aufzuzeigen, in welchen Unterrichtsgefässen die politische Bildung in den angesprochenen Stufen gezielter als heute gefördert werden kann;
 - und darzulegen, wie sichergestellt werden kann, dass die politische Bildung auch im Projekt «Deutschschweizer Lehrplan» gebührend berücksichtigt wird.
-

Der Regierungsrat erstattet hierzu folgenden Bericht:

A. Volksschule

1. Ausgangslage

Gemäss § 2 Abs. 1 des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 (VSG, LS 412.100) erzieht die Volksschule zu einem Verhalten, das sich an demokratischen Wertvorstellungen orientiert. § 2 Abs. 4 VSG schreibt unter anderem vor, dass in der Volksschule Urteils- und Kritikvermögen sowie Dialogfähigkeit gefördert werden. Gemäss § 50 VSG sind die Schulen verpflichtet, eine dem Alter und dem Entwicklungsstand der Kinder entsprechende Mitverantwortung und Mitsprache der Schülerinnen und Schüler vorzusehen.

Gestützt auf diese gesetzlichen Grundlagen ist die politische Bildung als fächer- und stufenübergreifender Unterrichtsgegenstand fester Bestandteil der Volksschule. Sie hat den Aufbau von Kenntnissen und Fertigkeiten zum Ziel, die als Basiskompetenzen für die erfolgreiche Gestaltung des Zusammenlebens in demokratischen Gesellschaften gelten können. Grundlage dazu ist der Lehrplan zur politischen Bildung für die Primar- und Sekundarstufe I des Kantons Zürich.

2. Lehrplan und Lehrmittel

– Lehrplan zur politischen Bildung

Der vom Bildungsrat am 19. September 2005 verabschiedete Lehrplan umfasst einen Zusammenschluss der im Bereich «Mensch und Umwelt» des Gesamtlehrplans des Kantons formulierten Ziele, welche die politische Bildung betreffen. Dem Lehrplan liegt ein umfassendes Verständnis von politischer Bildung zugrunde. Neben dem traditionellen staatskundlichen Wissen sollen vor allem auch Vorgehensweisen bei der Lösung von Konflikten und der Suche nach Kompromissen sowie konkrete Inhalte politischer Auseinandersetzungen vermittelt werden. Der Lehrplan zeigt auf, welche Unterrichtsgefässe – innerhalb des Bereiches «Mensch und Umwelt» sind dies die Unterrichtsgegenstände «Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft», «Individuum und Gemeinschaft», «Heimat und Welt», «Natur und Technik» und «Deutsch» – sich für die politische Bildung besonders eignen. Im Lehrplan wird zudem darauf hingewiesen, wo überall Themen des täglichen Unterrichts auch unter dem Gesichtspunkt der politischen Bildung betrachtet werden können. Bei der praktischen Betätigung steht das Schulleben im Vordergrund (z. B. Regeln im Klassenverband, Schülerparlamente).

– *«Lehrplan 21»*

Anfang 2009 haben die Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW-EDK), die Erziehungsdirektoren-Konferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (EDK-Ost) und die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) die Grundlagen für den «Lehrplan 21» in die Vernehmlassung gegeben (vgl. ausführlich zum «Lehrplan 21», Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Postulat KR-Nr. 354/2005 betreffend Gesamtkonzept für alle musischen, gestalterischen und handwerklichen Fächer an der Volksschule, Vorlage 4679). Am 18. März 2010 haben die deutschsprachigen EDK-Regionen die Grundlagen für den Lehrplan 21 verabschiedet. Darin sind für die Sekundarstufe I im Bereich der Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften vier themenbezogene Fachbereiche mit folgenden Disziplinen vorgesehen:

- Natur und Technik (mit Biologie, Chemie und Physik),
- Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (mit Hauswirtschaft),
- Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geschichte und Geografie),
- Ethik, Religionen, Gemeinschaft (mit Lebenskunde).

Die politische Bildung ist im «Lehrplan 21» Teil der neun vorgesehenen überfachlichen Themen, d. h. von gesellschaftlich bedeutsamen, zukunftsweisenden Themen, die in mehr als einem Fachbereich ausgebildet werden:

- berufliche Orientierung,
- ICT und Medien,
- Demokratie und Menschenrechte,
- Gender und Gleichstellung,
- Gesundheit,
- Globale Entwicklung und Frieden,
- Kulturelle Identität und interkulturelle Verständigung
- Umwelt und Ressourcen,
- Wirtschaft und Konsum.

Auf der Primarstufe ist die politische Bildung dem Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» zuzuordnen. Die Grundbildung in diesem Bereich soll zu Einsichten in naturwissenschaftliche, technische sowie in die grundlegenden Zusammenhänge des sozialen und politischen Umfelds von Mensch und Umwelt befähigen.

– *Lehrmittel*

Der Kanton Zürich ist an der Herausgabe des Grundlagenbandes «Politik und Demokratie leben und lernen» der interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) beteiligt. Mit dem Grundlagenband stellt die ilz für

die Deutschschweiz ein Lehrmittel bereit, das Lehrpersonen aller Stufen in die aktuelle Diskussion zum Thema politische Bildung einführt und für den Unterricht vorbereitet. Der Grundlagenband regt Studierende der Pädagogischen Hochschulen und Lehrpersonen an, sich mit dem eigenen Politik- und Demokratieverständnis auseinanderzusetzen. Er zeigt auf, was unter politischer Bildung verstanden wird, welche Kenntnisse und Kompetenzen Jugendliche in der Volksschule (Primarstufe und Sekundarstufe I) und auf der Sekundarstufe II erlernen können. Er ist Planungshilfe für verschiedene Situationen im Unterricht und Schulleben und gibt Einblick in konkrete Unterrichtssituationen, in denen politisches Sachwissen und spezifische Fähigkeiten erarbeitet, geübt und reflektiert werden. Aufgezeigt wird ebenfalls, wie mit bestehenden Lehrmitteln, Materialien und Projektangeboten Demokratie gelernt und gelebt werden kann. Der Grundlagenband enthält kantonspezifische Zusatzmaterialien, die den Lehrpersonen konkrete und regionale Anknüpfungspunkte und Umsetzungshilfen bieten.

Im Angebot des Lehrmittelverlags werden zusätzlich verschiedene Lehrmittel geführt, die den Unterricht im Bereich der politischen Bildung an der Volksschule unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel:

- «Schweiz in Sicht», Demokratie, Politik, Institutionen, Das neue Kompendium zum politischen Leben in der Schweiz, 2006.
- «Hinschauen – Nachfragen», Die Schweiz und die Zeit des Nationalsozialismus im Licht aktueller Fragen, 2006.
- «Vergessen oder Erinnern?», Völkermord in Geschichte und Gegenwart, 2002.
- «Geschäft 4157 – Die Aufgaben des Kantonsrates», Informationsvideo über den Zürcher Kantonsrat 2005.
- «Spuren-Horizonte»: Lehrmittel für die Mittelstufe mit einem Kapitel zur Politischen Bildung, 2008.
- Heftreihe zu aktuellen und gesellschaftlichen Themen «Zur Zeit»
- «Von Menschen, Tieren und Politik», Th. Gut Verlag, 2007.
- «Merken, was läuft – Rassismus im Visier», Verlag Pestalozzianum, 2009.

3. Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Projekte

Im Auftrag des Volksschulamtes bietet die Pädagogische Hochschule Zürich einzelne Module zur politischen Bildung an. Zurzeit wird das Modul zur «Mitwirkung in der Schule – Partizipation» durchgeführt. Dieser Lehrgang unterstützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim systematischen Aufbau und Ausbau der Elternmitwir-

kung und der Partizipation von Schülerinnen und Schülern in ihren Schulen. Er richtet sich an Schulleiterinnen und Schulleiter. Ebenfalls zugelassen sind Partizipationsbeauftragte sowie Schulbehördenmitglieder, die in einer Gemeinde des Kantons Zürich für Mitwirkung und Partizipation zuständig sind. Ein obligatorisches Weiterbildungsangebot wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll erachtet.

Die Schulen können zudem bei verschiedenen Einzelprojekten mitmachen, bei denen alle Beteiligten – Schulleitende, Lehrpersonen, Kinder und Eltern – Fragestellungen des schulischen Alltags gemeinsam beantworten und nach Lösungen für Probleme suchen. Dazu gehören etwa die Projekte «Jugend debattiert» (www.jugenddebattiert.ch), «Schulen lernen von Schulen» (www.projekt-sls.ch) und das Projekt «Kinder lernen ihre Rechte kennen» der Pro Juventute.

B. Berufsfachschulen

Der Unterricht in politischer Bildung an den Berufsfachschulen ist im Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht vom 27. April 2006, den Ausbildungszielen für den betrieblichen und schulischen Teil der Lehre Kauffrau/Kaufmann vom 24. Januar 2003 und in den Rahmenlehrplänen für die Berufsmaturität obligatorisch verankert. Diese Regelungen wurden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) erlassen. Sie sind gesamtschweizerisch gültig und legen auch die Bildungsziele für die politische Bildung fest.

Im Rahmenlehrplan des allgemeinbildenden Unterrichts ist das Bildungsziel Politik unter anderem wie folgt formuliert: Die Lernenden analysieren aktuelle politische Fragen und Themen und identifizieren die Interessen und Werte der betroffenen Personen sowie die für deren Durchsetzung verwendeten Strategien. Die Lernenden verstehen die drei Ebenen der Politik in der Schweiz (Bund, Kantone und Gemeinden), in Europa und weltweit. Sie nehmen die ihnen angebotenen Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am politischen Leben wahr. Bei einem politischen Problem sind die Lernenden in der Lage, eine wirksame Strategie zu entwickeln, um ihre Interessen als Bürger und Bürgerinnen wahrzunehmen. Durch ihr Verständnis der politischen Institutionen und Akteure sind die Lernenden in der Lage, ihre Rechte auszuüben und an politischen Ereignissen teilzunehmen.

Diese Bildungsziele werden von den Berufsfachschulen in den Schullehrplänen umgesetzt. Der Unterricht in politischer Bildung findet an den Schulen als Fachunterricht, in Ausnahmefällen auch in Form von Podiumsdiskussionen, Besuch von Sitzungen des Kantonsrates oder des eidgenössischen Parlamentes statt.

C. Mittelschulen

Der Unterricht in politischer Bildung ist im Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen vom 9. Juni 1994 der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für das Fach Geschichte und Staatskunde obligatorisch verankert. Gemäss den Richtzielen für die Staatskunde sollen sich die Mittelschülerinnen und Mittelschüler insbesondere in den politischen Strukturen auf den Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund auskennen, über Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger Bescheid wissen, die Arbeitsweise der wichtigen, politisch wirksamen Organisationsformen kennen, Einfluss nehmen können auf das politische Geschehen (Initiativen, Referenden, Vernehmlassungen, Stimm- und Wahlrecht), eigene und fremde Interessen und das Gemeinwohl gegeneinander abwägen, in politischen Fragen Tatsachen und Meinungen unterscheiden sowie Verständnis haben für konkurrierende Interessen und besonders für die Anliegen benachteiligter Personen und Gruppen.

Für die Fächer Geschichte und Staatskunde stehen in den vier Jahren der gymnasialen Oberstufe je nach Schule acht bis zehn Jahresstunden zur Verfügung. Neben dem Fachunterricht werden an den Schulen im Bereich politische Bildung besondere Unterrichtsformen, wie z. B. staatsbürgerliche Studienwochen, fachübergreifende Projektwochen und selbstorganisierte und projektorientierte Lernformen durchgeführt.

D. Zusammenfassung und Antrag

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen, teilweise auf interkantonalen und nationaler Ebene vorgegebenen Rahmenbedingungen ist ein kantonales Gesamtkonzept über alle Schulstufen für die politische Bildung nur bedingt geeignet. Mit den bestehenden und geplanten Lehrplänen, Lehrmitteln, Unterrichtsgefässen und Unterrichtsformen sowie insbesondere mit dem Grundlagenband «Politik und Demokratie leben und lernen» für alle Schulstufen können die Zielsetzungen des Postulats inhaltlich weitgehend umgesetzt werden.

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 19/2008 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Der Staatsschreiber:
Aeppli Husi